

15.07.2014  
VON MICHAEL TIETZ  
Region Hinterland und Marburg

## Parlament mag nicht beraten

EAM-KAUF Bad Endbacher Abgeordnete nehmen Beraterhonorar nur zur Kenntnis

Bad Endbach. Die Bad Endbacher Gemeindevertretung hat sich den glorreichen 7:1-Sieg der deutschen Fußballer im WM-Halbfinale gegen Brasilien zum Vorbild genommen. Nicht einmal eine Halbzeit brauchten die Parlamentarier am Montagabend, dann war das Spiel - also die Sitzung - gelaufen und die Tagesordnung abgewickelt. Allerdings wäre die SPD gerne noch in die Verlängerung gegangen. Ihr Antrag, über den Energieversorger EAM zu beraten, wurde jedoch mit knapper Mehrheit abgelehnt.



100 Prozent kommunal für die ...



Mit "Kenntnisnahme" ist die Vorlage der Bad Endbacher Gemeindevertreter überschrieben, die Bürgermeister Markus Schäfer (CDU) für die Sitzung am Montagabend präsentierte. Diese beschäftigt sich mit einer möglichen Beteiligung der Gemeinde am kommunalen Energieversorger EAM (Energie aus der Mitte). Konkret geht es um eine zweite Beratungsphase. Für die werden interessierte Kommunen zur Kasse gebeten. Auf Bad Endbach kommt ein Beraterhonorar in Höhe von rund 22 400 Euro zu.

Bad Endbach gehört zum Kreis von 130 Kommunen, die Anteile am Eon-Mitte-Nachfolger erwerben können. Die EAM GmbH & Co. KG gehört zu 100 Prozent zwölf Landkreisen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen - darunter auch Marburg-Biedenkopf - sowie der Stadt Göttingen.

Der Energieversorger bietet nun allen Kommunen, die Konzessionsverträge mit Eon Mitte abgeschlossen hatten, insgesamt 49,9 Prozent des neuen Unternehmens zum Kauf an. Bad Endbach könnte einen Anteil von 0,557 Prozent bekommen. Dieser hätte einen Wert von rund fünf Millionen Euro.

Zehn Prozent davon - also gut eine halbe Million Euro - müsste die Gemeinde an Eigenkapital aufbringen. Außerdem, sollte sie den Millionendeal eingehen, verpflichtet sie sich zur Übernahme einer Bürgschaft. Damit wird der Kreditvertrag abgesichert, den die EAM bereits zur Finanzierung des Unternehmensverkaufs an die Kommunen abgeschlossen hat.

Im Gegenzug würde Bad Endbach für ihre Einlage eine jährliche Ausschüttung (Verzinsung) von rund 20 600 Euro erhalten. Außerdem soll eine Provision für die Übernahme der Bürger-

schaft fließen. Nach Abzug der Kosten für die Kapitaleinlage würde unterm Strich ein Gewinn für die Gemeinde von etwa 9500 Euro pro Haushaltsjahr zu Buche stehen.

So haben es zumindest die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater der Münchener Kanzlei Becker Büttner Held (BBH) errechnet. Sie erhalten für ihre Arbeit ein Honorar in Höhe von zwei Millionen Euro. Dieser Betrag wird auf die Kommunen umgelegt, die in der Beratungsphase dabei bleiben wollen.

Der weitere Zeitplan sieht vor, dass im September Informationsveranstaltungen mit den interessierten Kommunen stattfinden sollen.

### **SPD-Antrag auf einen Beschluss wird mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt**

Im Oktober und November sollen dann die Gemeindevertretungen über den Kauf der Anteile an der EAM entscheiden. Der Beitritt zum Energieversorger ist für Ende des Jahres vorgesehen. Derzeit wird in vielen kommunalen Parlamenten darüber entschieden, ob die jeweilige Stadt oder Gemeinde bereit ist, die anfallenden Beraterkosten zu übernehmen. Darüber hätte auch gerne die Bad Endbacher SPD am Montagabend beraten. Sie beantragte deshalb statt der von Bürgermeister Markus Schäfer angestrebten Kenntnisnahme über die Fortsetzung der Beratertätigkeit von BBH einen entsprechenden Beschluss - mit vorheriger Debatte.

"Eine Kenntnisnahme ist nicht angebracht. Hier handelt es sich in Teilbereichen bereits um einen Grundsatzbeschluss", begründete SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Bernshausen das Anliegen seiner Partei. Dem pflichtete auch Karl-Heinz Seitz bei. Der Sozialdemokrat verwies auf andere Kommunen, in denen die Parlamente sehr wohl über das Beraterhonorar abgestimmt haben. "Wir wollen uns nicht ständig etwas unterschieben lassen", sagte Seitz.

Aus Sicht des Bürgermeisters stellt die Teilnahme der Gemeinde an der weiteren Beratungsphase noch keinen Grundsatzbeschluss dar. Es sei derzeit "völlig offen", wie Bad Endbach über die mögliche Beteiligung an der EAM entscheiden werde, so Schäfer.

Zehn Gemeindevertreter unterstützten schließlich den Antrag der SPD, elf stimmten dagegen. Damit gab es keine Beratung über den Tagesordnungspunkt. Die Abgeordneten nahmen somit lediglich zur Kenntnis, dass auf Bad Endbach weitere Beratungskosten in Höhe von rund 22 400 Euro zukommen werden.

Rolf Bernshausen kündigte an, dieses Vorgehen von der Kommunalaufsicht des Landkreises überprüfen zu lassen.